

**Meryl Streep**

Eine Hymne auf die Bescheidene. Zum 70!

KULTUR 31

FASEL

Katze Susi

Das monatelang vernachlässigte Haustier beschäftigt die Justiz

BASEL-STADT 19

AZ 4051 Basel | Nr. 141 | 187. Jahrgang
redaktion@bzbasel.ch 061 555 79 79
abo@bzbasel.ch 058 200 55 05
inserate@bzbasel.ch 061 927 26 70
100 Jahre
adullam
 Spital · Pflegezentren

100 JAHRE ALTERS-MEDIZIN FÜR DIE REGION BASEL
www.adullam.ch
Leben mit einem Todesurteil

Wie spricht man mit todkranken Patienten? Ein Erfahrungsbericht

LEBEN & WISSEN 4

Umweltschützer wollen wissen, wie viel Gift im Klybeck liegt

Altlasten Auf dem Entwicklungsareal im Kleinbasel werden krebserregende Stoffe vermutet

VON LEIF SIMONSEN

Dereinst werden auf dem Klybeck-areal rund 5000 Menschen wohnen und 10 000 arbeiten. Bis die Arbeitsplätze und Wohnungen im Kleinbasler Stadtentwicklungsgebiet bezogen werden können, gilt es allerdings, noch einige Fragen zu klären. Gestern veröffentlichten die Ärztinnen und Ärzte

für Umweltschutz einen Bericht, wonach die Basler Chemiefirmen in den vergangenen über hundert Jahren mit etwa 2000 Chemikalien hantiert haben - gezielt gesucht worden seien nun allerdings nur etwa 110 giftige Stoffe. Nicht in die Untersuchungen einbezogen worden seien Schadstoffe wie Senfgas oder Nitrosengas. Und obwohl der historische Bericht der Are-

al-Verkäufer Ciba SC/BASF sowie Novartis aus dem Jahr 2000 etliche Risikosubstanzen wie beispielsweise das blasenkrebsfördernde Benzidin nennt, seien diese nicht gesucht worden. Der Sanierungsbedarf könne bis zu einer Milliarde Franken betragen, meinten die Umweltschützer.

Martin Forter von den Ärztinnen und Ärzten für Umweltschutz wirft

dem Kanton vor, dass er die Altlastenverordnung nicht durchgesetzt habe. Unter anderem seien die Grundwasserproben nicht bei den Dreckquellen, sondern an der Arealgrenze genommen worden. Forter spricht vom «Trick mit den Arealgrenzen». Basel-Stadt kontert: Das Klybeckareal sei schweizweit eines der am besten untersuchten Gebiete. SEITE 19



Medien Er ist der Kopf der Kulturabteilung von Schweizer Radio und Fernsehen: Stefan Charles. Zusammen mit 300 Journalistinnen und Journalisten hat er die neuen Redaktionsräume im Meret Oppen-

heim Hochhaus bezogen. Wer ist dieser Mann? Wohin will er die Kultur des SRF führen? Und was sagt er zur Basler Museumskrise?

SEITE 32 FOTO: KENNETH NARS

Baselland

Schon flammt Kritik auf am Autobahn-Zubringer Allschwil

Via Autobahn nach Allschwil: Das ist der Traum der Baselbieter Baudirektion. Das Entwicklungsgebiet Bachgraben soll einen Zubringer an die Nordtangente in Basel erhalten. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es die Kreditvorlage für das Projekt im Landrat nicht einfach haben wird. Haupt-Kritikpunkt ist, dass der Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen und des Langsamverkehrs mit den Strassenausbauten nicht Schritt hält. Der Präsident der Baselbieter Grünen, Bálint Csontos, sagt, es sei «fahrlässig, sich nur auf einen Verkehrsträger zu konzentrieren». Ähnlich tönt es von SP-

Landrat Jan Kirchmayr. Er kritisiert das Fehlen einer Gesamtplanung.

Beim Autobahn-Anschluss Allschwil zeigt sich ein grundlegendes Problem der Verkehrsplanung in der Region: Die einzelnen Projekte sind kaum aufeinander abgestimmt. Nach der Eröffnung der Nordtangente 2007 wurde es versäumt, sich über Weiterführungen Gedanken zu machen. Stattdessen reduzierte Basel-Stadt die Kapazität der Hauptverkehrsachsen in Richtung Allschwil. Baselland geriet so in Zugzwang. Die Verkehrserschließung des Bachgraben-Areals bleibt noch für Jahre ungenügend. SEITE 17, 25

Gempenstrasse

Horrorcrash auf der Probefahrt

Der Fahrer eines 570-PS-Sportwagens hat am Mittwoch auf der Gempenstrasse mehrere Fahrzeuge überholt, ehe er in einen entgegenkommenden Velofahrer crashte. Während der Autofahrer unverletzt blieb, musste der Velofahrer schwer verletzt ins Spital geflogen werden. Wie die «Basler Zeitung» schreibt, war der Autofahrer auf einer Probefahrt. Er hegte offenbar Absichten, den 250 000 Franken teuren Bolides zu kaufen. Gemäss Angaben des Verkäufers soll der Mann ein Jungunternehmer sein, der mit Apps viel Geld verdient habe. SEITE 17

Vaterschaftsurlaub

Ein Ja für zwei Wochen

Der Ständerat lehnt die Volksinitiative für einen Vaterschaftsurlaub von vier Wochen zwar ab, sagt aber Ja zu einem Gegenvorschlag von zwei Wochen. Der Kompromiss hat auch im Nationalrat gute Chancen. FDP und SVP haben dort zwar eine knappe Mehrheit und könnten den Vaterschaftsurlaub noch verhindern. Doch in der FDP-Fraktion gibt es Befürworter des Gegenvorschlags, etwa FDP-Frauen-Präsidentin Doris Fiala oder der Walliser Nationalrat Philippe Nantmod. Bereits heute zeichnet sich ab, dass der Vaterschaftsurlaub nur ein Zwischenstopp ist. SEITE 2/3

KOMMENTAR

Johnson sollte jetzt Premier werden

Mit Urwahlen durch Parteimitglieder haben die Briten schlechte Erfahrungen. Bei den Tories kam auf diesem Weg zu Beginn des Jahrhunderts ein Rechtsaußen ans Ruder. Er erwies sich als so unfähig, dass er nach nur zweijähriger Amtszeit von der Unterhausfraktion gestürzt wurde. Labour wählte zu Letzt zweimal Vorsitzende gegen die



von Sebastian Borger, London

Mehrheit der Fraktion. Die Folge: erst eine vernichtende Wahlniederlage, derzeit ein Schlingerkurs unter dem Linksaussen Jeremy Corbyn.

Bei all diesen Urwahlen ging es um den Oppositionsführer. Nun aber schickt sich die Regierungspartei an, den künftigen Premierminister zu krönen. Die Konservativen verfügen im Unterhaus über keine Mehrheit, zudem streiten Vertreter der diversen Flügel seit Monaten wie die Kesselflicker. Und dem zutiefst gespaltenen Land bleiben wenig mehr als vier Monate bis zum angeblich endgültigen Brexit-Termin Ende Oktober. Einigkeit hat also einen noch höheren Stellenwert als ohnehin schon.

Von Boris Johnson mag man halten, was man will. Aber der Brexit-Vorkämpfer hat am Donnerstag gegen drei andere Kandidaten die Mehrheit der Unterhausfraktion hinter sich gebracht, sein Konkurrent Jeremy Hunt geht mit der Unterstützung von 24 Prozent ins Rennen. Die Urwahl ist also mindestens überflüssig, weil sie das Land weitere vier Wochen führungslos dastehen lässt, die doch zur Lösung des Brexit-Dilemmas dringend gebraucht würden. Die Tories sollten sich selbst und dem Land die alberne Nabelschau ersparen und sofort Johnson auf den Schild heben.

@ redaktionausland@chmedia.ch

 bz Basel

 5 0 0 2 5
 9 7 7 2 2 3 5 4 4 9 2 0 6
Grossbritannien

Johnson klarer Favorit für Urwahl

Aussenminister Jeremy Hunt tritt gegen den haushohen Favoriten Boris Johnson im Rennen um das Amt des britischen Premiers an. Er erhielt bei der letzten Abstimmungsrunde in der Tory-Fraktion 77 Stimmen.

Der Aussenminister setzte sich gegen Umweltminister Michael Gove durch, der nur zwei Stimmen weniger bekam. Boris Johnson allerdings lag mit 160 Stimmen meilenweit vor seinen Konkurrenten. Er und Hunt treten nun in einer Stichwahl gegeneinander an, bei der die Tory-Mitglieder das letzte Wort haben.

KOMMENTAR OBEN, SEITE 8

Blühende Zukunft wird von giftiger Vergangenheit bedroht

Klybeckareal Im Entwicklungsgebiet sollen bis zu 2000 giftige Substanzen lagern

VON LEIF SIMONSEN

Im Klybeck liegt Basels Zukunft. 10 000 Menschen sollen dereinst hier wohnen, 5000 Arbeitsplätze entstehen. Bis dahin ist aber ein langer Weg - womöglich ein weit längerer, als bisher angenommen. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz um den Basler Altlastenexperten Martin Forter publizierten gestern den 92-seitigen Bericht zu den Schadstoffen, die unter dem Boden des 300 000 Quadratmeter grossen Areals liegen. Wer eine abschliessende Liste aller Giftstoffe erwartete, der wurde indes enttäuscht. Forter wartete vor allem mit Fragen auf und dem Vorwurf, der Kanton habe die Altlastenverordnung auf dem Areal nur in Ansätzen umgesetzt. Er selber meinte: «Unter diesen Umständen würde ich selber nicht hierher ziehen wollen.»

Das Areal als Black Box

Tatsächlich geschah hier in den vergangenen 150 Jahren vieles, was mit dem heutigen Umweltschutzgedanken nicht kompatibel wäre. Novartis und ihre Vorgängerfirmen stellten Medikamente her, die BASF Farbstoffe, und die Abfälle wurden einfach in den Rhein geworfen. Überdies diente das Klybeck als Areal für privaten Hauskehricht. Dass es hier beim Aushub zu Überraschungen kommen wird, kann niemand ausschliessen - auch die Kantonsverantwortlichen nicht. Doch von einem Versäumnis bei der Umsetzung der Altlastenverordnung könnte keine Rede sein, sagt Matthias Nabholz, Leiter des Amts für Umwelt und Energie. «Das Klybeckareal ist seit dem Inkrafttreten der Altlastenverordnung 1998 das am besten untersuchte Areal der Stadt», sagt er. Das bedeutet nicht, dass man «jeden Quadratmeter» kenne. In einigen von Forter aufgeworfenen Verdachtsfällen könne er aber beschwichtigen. Der Geograf spricht unter anderem den «Trick mit den Arealgrenzen» an, den sich die Ciba und die BASF zunutze gemacht hätten, um Sanierungen zu umgehen. So würden die Firmen ihre Messungen nicht im Innern der Areale durchführen, wo die Verschmutzung am grössten ist, sondern an der Grenze. «Das AUE hat bis heute die Arealgrenze als Massstab über Sanierung oder Nichtsanierung toleriert», schreiben die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz in der Mediennmitteilung.

Das stimme so nicht, erwidert Nabholz. Der Kanton nehme regelmässig an den Arealgrenzen Proben vom Grundwasser, doch würden zusätzlich firmeneigene Grundwasserproben von den Verschmutzungsherdern analysiert - bisher seien diese



Welche Altlasten schlummern unter dem Spielplatz Ackermätteli? Die Ärzte für Umweltschutz vermuten Chemiemüll. NIZ



«Unter diesen Umständen würde ich selber nicht hierher ziehen wollen.»

Martin Forter
Basler Altlastenexperte

Werte im grünen Bereich gewesen. Ebenfalls prangt Forter an, dass von den 2000 Risikosubstanzen viele nicht gesucht worden seien, obwohl diese im «historischen Bericht» von Ciba/BASF und Novartis vermutet worden sind. Unter anderem habe es Hinweise auf die krebsfördernde Substanz Benzidin gegeben - doch trotz dieser Hinweise sei diese nie gesucht worden. Nicht untersucht worden sei vor allem der Kinderspielplatz Ackermätteli. Dies, obwohl bekannt sei, dass hier Sondermüll abgelagert worden sei. Auch diese Sorge teilt Nabholz nicht. Der Kinderspielplatz sei bis in drei Meter Tiefe abgetragen, aber nichts gefunden worden.

Kanton wird nicht zahlen müssen

Wenig überraschend war, dass der Verdacht auf kontaminierte Spielplätze am meisten zu diskutieren gab nach der gestrigen Pressekonferenz. Basels Links-Partei Basta nahm unter anderem die angeblichen Falschaussagen des AUE zur Situation beim Spielplatz zum Anlass, Transparenz zu fordern. «Nach Meinung von Bast! soll sich das AUE im Sinne der Bevölkerung kritisch zu den Belastungen durch Chemieabfälle verhalten, die belasteten Gebiete

gründlich und regelmässig überprüfen und die Ängste der BewohnerInnen ernst nehmen, anstatt reflexartig zu beschwichtigen», schrieben sie in einer Mitteilung.

Die von der Links-Partei geforderte Schliessung der Wissenslücken über die wahren Zustände auf dem Klybeckareal wird ohnehin erfolgen - wohl aber erst im Verlauf der Bauarbeiten des neuen Entwicklungsgebiets, wenn bis in die Tiefen Erde ausgehoben wird. Unabhängig von den Sanierungskosten, die je nach Quelle bis zu einer Milliarde Franken betragen könnten, wird der Steuerzahler nicht zur Kasse geben. Die Übernahme der zukünftigen Kosten für die altlastenrechtliche Überwachung wurde im Kaufvertrag geregelt, sagt Nabholz. Ebenso habe das AUE sichergestellt, dass die Käufer, Central Real Estate, sämtliche Informationen zum Thema Altlasten erhalten hätten. Die Kosten für die Entsorgung des belasteten Bodenmaterials gehen zulasten der künftigen Bauherrschaft. Zu den Vertragsinhalten wollte Central Real Estate keine Angaben machen. Unter diesen Umständen ist aber anzunehmen, dass der Wissensstand über den Sanierungsbedarf schon in den Kaufpreis mit einbezogen worden ist.

Ammoniak-Austritt 12 Bell-Angestellte müssen ins Spital

Beim Fleischverarbeiter Bell in Basel ist es am Donnerstag zum zweiten Mal in diesem Jahr zu einem Chemieunfall gekommen. Zwölf Personen mussten nach dem Austritt von Ammoniak zur Kontrolle ins Spital eingewiesen werden. Ereignet hat sich der Vorfall um 5.45 Uhr in einem Produktionsgebäude für Charcuterie an der Elsässerstrasse, wie die Basler Staatsanwaltschaft mitteilte. Ein Mitarbeiter stellte fest, dass im Untergeschoss Ammoniak austrat und alarmierte die Rettungskräfte.

Die Angestellten verließen in der Folge das Gebäude und begaben sich zum Sammelplatz. Dort wurden sie von der Sanität der Rettung Basel-Stadt und Notärzten untersucht. Zwölf Mitarbeitende wurden zur Kontrolle in die Notfallstationen des Universitätsspitals Basel, des Bruderholzspitals und der Klinik des Landkreises Lörrach eingewiesen.

Zweiter Ammoniak-Austritt

Schon im vergangenen April war es bei Bell zu einem ähnlichen Zwischenfall gekommen. In einem Produktionsgebäude an der Neudorfstrasse trat ebenfalls Ammoniak aus. 13 Angestellte wurden damals zur Kontrolle ins Spital gebracht, konnten dieses aber nach kurzer Zeit wieder verlassen. (SDA)

Basel

Sozialhilfebezüger erhalten mehr Geld

Wer im Kanton Basel-Stadt Sozialhilfe bezieht, erhält bald mehr Geld. Sowohl der Grundbedarf wie auch die Mietzinsbeiträge werden per 1. Juli angehoben. Für einen Einpersonenhaushalt steigt der Grundbedarf um 11 Franken auf 997 Franken, wie das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) am Donnerstag mitteilte. Der Mietzinsbeitrag für einen Einpersonenhaushalt wird zudem um 70 Franken auf maximal 770 Franken erhöht. Für Haushalte ab fünf Personen steuert die Sozialhilfe höchstens 100 Franken mehr pro Monat an den Mietzins bei.

Die Sozialhilfe gab in letzter Zeit landesweit zu Diskussionen Anlass. Im Kanton Bern sprach sich das Stimmvolk im Mai gegen eine geforderte Kürzung der Sozialhilfebeiträge aus. (SDA)

Der Fall, der Tod und das Erbe der Katze Susi

Tierschutz Der Fall einer monatelang vernachlässigten Katze beschäftigt nun Justiz, Medien und Tierschützer.

VON ANDREAS SCHWALD

Das ist die Geschichte der Katze Susi, wie wir sie mittlerweile kennen. Susi starb, nachdem sie vier Monate lang in einer Basler Wohnung bleiben musste, bis auf Fütterungsbesuche allein, während ihre Besitzerin erst ins Spital musste und von dort direkt ins Altersheim. Erst nach langer Verwahrlosung kam Susi in die Obhut einer Pflegestation der Organisation «Tierhilfe Regio Basel», wo sie ihre letzten Tage verbrachte, abgemagert, ausgetrocknet, mit einer Schilddrüsenüberfunktion, inkontinent und mit schwerem Infekt.

So viel ist klar. Klar ist auch, dass Susi Besitzerin unter Vormundschaft stand, wie «Telebasel» bereits Anfang Juni berichtete. Klar ist auch, dass Susi im neuen Tierheim an der Birs nicht aufgenommen wurde, wie die «Basler

Zeitung» vor wenigen Tagen schrieb. Doch wo die Geschichte der Katze Susi endet, nimmt eine Reihe von Vorwürfen, Anschuldigungen und Recherchen ihren Lauf, die in einer Anzeige gegen unbekannt und harscher Kritik am Tierheim ihr vorläufiges Ende fand.

Die Überforderung

Susis Leiden begann, als sich der Gesundheitszustand der Besitzerin verschlechterte. Die Beistandin übergab die Fütterung einem Betreuungsservice, dessen Mitarbeiter bereits früh bemerkten, dass sie die Betreuung der Katze nicht mehr sicherstellen können und dies dem Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz meldeten. Doch es geschah wenig. Man versuchte, dem Wunsch der Besitzerin zu entsprechen und die Katze nicht in ein Heim zu geben, gab die Amtsleiterin bereits gegenüber mehreren Medien zu Protokoll.

Im Mai kontaktierte der Betreuungsservice das Tierheim. Katze Susi sei inkontinent. «Da Inkontinenz auch eine reine Alterserscheinung sein kann, hatten wir aufgrund dieser Information keine Kenntnis davon, dass das Tier



Nach langem Leiden starb Katze Susi trotz medizinischer Versorgung.

schwer krank ist», sagt Beatrice Kirn, Leiterin des Tierschutzes beider Basel. Daher wurde routinemässig nach dem Impfausweis gefragt und über mögliche tierärztliche Kostenfolgen informiert, worauf das Tierheim keine Antwort mehr erhielt. «Hätten wir auch nur etwas mehr über den Zustand des Tieres gewusst, hätten wir die Katze umgehend aufgenommen.» Nun wird aber dies dem Tierheim zur Last gelegt. Die

Tieres. Nach einem Bericht der «Basler Zeitung» vom Mittwoch verschickte das Tierheim eine Medienmitteilung, in der die Verantwortlichen erneut betonten, das Tier nicht abgewiesen zu haben. «Wir waren alle genauso schockiert, als wir erfuhren, was mit Katze Susi wirklich geschehen war», sagt Kirn. «Tatsache ist leider, dass wir auf unser Schreiben nie eine Antwort erhalten hatten.» Man habe seine Lehren aus dem Fall gezogen. Künftig werde das Tierheim bei solchen Anfragen nachhaken und allenfalls die Behörden einschalten.

Denn im Gegensatz zu einem regulären Vernachlässigungsfall von Tieren, der bereits von Beginn an von den Justizbehörden aufgenommen und dem Tierheim gemeldet wird, ist Katze Susi, die aus einem bevormundeten Haushalt kam, durch alle Instanzen gefallen. Wer in diesem System Schuld an der Vernachlässigung des Tieres hat, ermittelt aufgrund der Anzeige die Staatsanwaltschaft. Immerhin gelobte auch der Kanton bereits Besserung, indem die Behörde tierschützerische Fragen bei Behörden nun konsequenter abklären will.

Die Schuldfrage

Die Präsidentin der Tierhilfe, Nicole Rudin, gelangte an die Medien und erstattete Anzeige gegen unbekannt wegen schwerer Vernachlässigung eines